

Piratenpartei Deutschland · Pflugstraße 9a  
10115 Berlin (Mitte)

Deutsche Aids Hilfe  
Wilhelmstrasse 138  
10963 Berlin



Pflugstraße 9a  
10115 Berlin (Mitte)  
Organisatorischer  
Ansprechpartner:  
Thomas Ganskow

Berlin, 28.07.13

## Fragen der Deutschen Aids Hilfe an die Piratenpartei Deutschland zur Bundestagswahl 2013

### Gesellschaftlicher Umgang mit HIV/Aids

*Die Untersuchung „positive stimmen“ der Deutschen AIDS-Hilfe hat es im Jahr 2012 so deutlich gezeigt wie noch nie: Menschen mit HIV müssen in Deutschland mit vielfältiger Diskriminierung rechnen. Das gilt in allen Lebensbereichen, von der Familie bis zum Medizinsystem. Ein Hauptgrund für Diskriminierung sind irrationale Ängste und falsche Vorstellungen vom heutigen Leben mit HIV. Der zweite Grund ist Stigmatisierung der Gruppen, die von HIV besonders stark betroffen sind: Schwule und andere Männer, die Sex mit Männern haben, Menschen, die sich Drogen injizieren, Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter, Menschen in Haft sowie Menschen aus Ländern, in denen HIV besonders stark verbreitet ist.*

### **Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um Diskriminierung von Menschen mit HIV abzubauen?**

Die PIRATEN setzen sich für eine größtmögliche gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen ein. Daher steht sie auch gegen Diskriminierung aufgrund von gesundheitlichen Einschränkungen. Wir fordern gezielte Aufklärungskampagnen, in deren Fokus vor allem jene Krankheiten und Störungsbilder gerückt werden, die häufig von Vorurteilen und Ausgrenzungen geprägt sind und dadurch die Lebensqualität und medizinische Therapie der Betroffenen erheblich beeinträchtigen. Insbesondere in den Gesundheitsberufen muss die Information über Krankheiten wie HIV stärker als bisher Bestandteil in Aus-, Fort- und Weiterbildung sein, um den sicheren und diskriminierungsfreien Umgang mit Erkrankten zu fördern.

### **Werden Sie die Welt-Aids-Tags-Kampagne „Positiv zusammen leben“ fortsetzen und ausbauen?**

Ja, die Thematik ist nach wie vor hochaktuell, die Tendenz der Neuerkrankungen ist laut Bundesgesundheitsministerium in Deutschland leicht steigend. Es darf nicht der Eindruck entstehen, die Krankheit wäre überwunden oder hätte an Brisanz verloren. Gerade die Folgen für das menschliche Zusammenleben sind noch viel zu wenig im Bewusstsein der Öffentlichkeit und der Betroffenen verhaftet, wie ihre nächste Frage zeigt.

### **Kriminalisierung der (potenziellen) HIV-Übertragung**

*Nach ständiger Rechtsprechung wird in Deutschland die Verantwortung für den Schutz vor einer HIV-Übertragung einseitig den HIV-Positiven zugewiesen. Bestehen sie nicht auf dem Schutz des Partners oder informieren ihn über ihre HIV-Infektion, können sie*

wegen schwerer Körperverletzung bestraft werden – sogar, wenn es nicht zu einer Übertragung gekommen ist. Diese Kriminalisierung über das Strafrecht verhindert keine HIV-Infektionen, sondern trägt zur Verbreitung von HIV bei. Sie fördert die Stigmatisierung von Menschen mit HIV und damit Ängste, sich als HIV-positiv zu outen oder den Schutz vor HIV zu thematisieren. Sie kann außerdem Menschen davon abschrecken, sich auf HIV testen zu lassen, was drastische Folgen für deren Gesundheit haben kann und ebenfalls die Weitergabe des Virus begünstigt.

### **Was werden Sie tun, um die Kriminalisierung der (potenziellen) HIV-Übertragung zu beenden?**

Zwar gibt es zu dieser Frage keine Beschlussfassung, aber das so genannte piratische Mandat lässt folgende Deutung zu: Für PIRATEN wiegt das Recht auf körperliche Unversehrtheit höher, als das Recht auf freie Ausübung der Sexualität. Wenn jemand weiß, dass er oder sie positiv ist und ungeschützten Geschlechtsverkehr hat, ist dies kriminell und muss als vorsätzliche schwere Körperverletzung gewertet werden. Nach § 224 StGB ist auch der Versuch strafbar.

Wer weiß, dass er zu einer Risikogruppe gehört und dennoch ungeschützten Geschlechtsverkehr hat, handelt grob fahrlässig.

Denn die Sorge, man könnte infiziert worden sein, ist schon eine erhebliche traumatische Belastung. Wenn jemand wissentlich andere Menschen gefährdet muss das angemessen bestraft werden.

Nicht unbetrachtet bleiben darf dabei die Schwere der Tat. Abwägen kann man in der Höhe des Strafmaßes. Je länger eine auf Vertrauen basierte Beziehung besteht, desto geringer ist die Mitschuld des bislang nicht Infizierten. Hier gilt es, auch auf der Seite der Infizierten mit entsprechender Information Situationen zu vermeiden, in denen es zu einer Übertragung kommen kann.

### **HIV und Arbeit**

*Menschen mit HIV müssen im Berufsleben mit Diskriminierung rechnen. Obwohl eine HIV- Infektion für keinen Beruf ein Hinderungsgrund ist, wird in Einstellungsge-  
sprächen in bestimmten Branchen danach gefragt, bei Einstellungsuntersuchungen werden Tests „angeboten“ oder verlangt, die dazu führen können, dass man den Job nicht erhält. Der Nationale AIDS-Beirat hat jüngst in einem Votum darauf hingewiesen, dass dies nicht zulässig ist.*

*Wer sich als HIV-positiv outet, muss mit Diskriminierung durch Vorgesetzte und Kollegen rechnen – vom Tuscheln über Mobbing bis hin zur widerrechtlichen Kündigung. Der Fall eines Berliner Chemielaboranten, der demnächst vor dem Bundesarbeitsgericht verhandelt wird, zeigt, wie viel Aufklärung, aber auch rechtlicher Schutz noch nötig sind: Der junge Mann verlor während der Probezeit seinen Job wegen der HIV-Infektion, zwei gerichtliche Instanzen gaben ohne jeden vernünftigen Grund dem Arbeitgeber Recht. Kein Einzelfall: Besondere Schwierigkeiten treten immer wieder im Gesundheitswesen, in der Gastronomie, der Luftfahrt und in erzieherischen Berufen auf.*

### **Werden Sie darauf hinwirken, dass HIV-Tests in Einstellungsuntersuchungen nicht mehr stattfinden?**

Ja, sie widersprechen unserer Haltung zum selbstbestimmten Umgang mit den eigenen Daten. Wir wollen auf eine Gesellschaft hinarbeiten, in der der Umgang mit HIV-infizierten Kollegen zur Selbstverständlichkeit wird, und in der die nebulöse Gefahr, in der sich mancher wähnt, wenn er mit einem Infizierten zusammen ist, durch reales Wissen über die Arten der Infektion außer Kraft gesetzt wird. Ansonsten gelten die oben gemachten Aussagen zu Aufklärungskampagnen insbesondere im Gesundheitswesen.

## **Werden Sie das Allgemeine Gesetz zur Gleichbehandlung AGG erweitern, so dass es auch chronisch Kranke wie Menschen mit HIV vor Diskriminierung schützt?**

Ja, der Name wäre sonst irreführend. Allgemeine Gleichbehandlung muss sich auf alle Bereiche beziehen und darf gesundheitliche Aspekte nicht außen vor lassen.

## **Welche Maßnahmen werden Sie darüber hinaus ergreifen, um Diskriminierung im Arbeitsleben abzubauen?**

Siehe dazu auch weiter oben: Es müssen alle Aktionen unterstützt werden, die zu einer Aufklärung der Bevölkerung führen. Hilfsangebote müssen ausgebaut werden.

### **Soziale Sicherung und Versorgung**

*Der Abbau des Solidarprinzips schreitet weiter voran. Menschen mit chronischen Erkrankungen wie HIV werden immer stärker belastet. Einerseits durch steigende Eigenbeteiligung, andererseits aufgrund von unzureichender Absicherung (z.B. Pflegezusatzversicherung) wie durch Ausschluss von der privaten Vorsorge (z.B. Berufsunfähigkeitsversicherungen).*

*Eine diskriminierungsfreie und qualitätsgesicherte Versorgung ist zurzeit nicht gewährleistet. Menschen mit HIV werden im Medizin- und Versorgungssystem diskriminiert. Untersuchungen der Deutschen AIDS-Hilfe (z.B. „positive stimmen“) zeigen: Menschen mit HIV werden in medizinischen Einrichtungen häufig zurückgewiesen oder erhalten nur Termine am Ende des Tages, sie erleben Schweigepflichtverletzungen und erhalten falsche Informationen über ihre Rechte und Pflichten.*

*Das Pflege- und Altenhilfesystem in Deutschland ist nicht auf HIV-Positive und Menschen aus den Hauptbetroffenengruppen vorbereitet. Ein uneingeschränkter Zugang zu HIV- Schwerpunktärzten und anderen Fachärzten ist seit der Abschaffung der Erstattung von Fahrtkosten zu ambulanten Behandlungen durch die Krankenkassen im Jahr 2004 nicht mehr gewährleistet.*

*Die Regelsätze der Transferleistungen (SGB II und SGB XII) orientieren sich nicht an der Lebensrealität chronisch kranker Menschen. Hier fehlen Ausnahmeregelungen, zum Beispiel hinsichtlich Fahrtkosten zu Schwerpunktärzten, erhöhten Kosten für Gesundheitsleistungen und gesunde Vollkost.*

*Steigende Mieten und Wohnraumnot innerhalb der Städte führen dazu, dass bezahlbarer und behindertengerechter Wohnraum oft nicht zu finden ist. Dies wird zukünftig zu einem immer größeren Problem, da sich aufgrund der steigenden Lebenserwartung von Menschen mit HIV auch der Bedarf erhöht.*

## **Wie wollen Sie den Zugang von Menschen mit HIV zu Versicherungen und privater Vorsorge gewährleisten?**

Abgesehen von einem - zugegeben oft wirkungsschwachem - Diskriminierungsverbot sehen wir wenig Möglichkeiten, in die Vertragsfreiheit von privaten Versicherungs- und Vorsorgeunternehmen mit politischen Mitteln einzugreifen. Deshalb befürworten wir in der Gesundheitsvorsorge die Stärkung der gesetzlichen Krankenkassen, indem sich alle Bürger entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an der Finanzierung beteiligen.

## **Hat Ihre Partei Pläne für eine diskriminierungsfreie Pflege und Versorgung?**

## **Welche Maßnahmen wird es geben, um das Personal im Gesundheitssystem und in Pflegeberufen auf Menschen mit HIV und Menschen aus den Hauptbetroffenengruppen vorzubereiten?**

## **Wie wollen Sie eine diskriminierungsfreie Behandlung durch Ärzte, Zahnärzte und Krankenhäuser gewährleisten?**

Alle drei Punkte beantworten wir zusammenfassend wie folgt: Die PIRATEN setzen sich für eine größtmögliche gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen ein. Daher steht sie auch gegen Diskriminierung aufgrund von gesundheitlichen Einschränkungen. Wir fordern gezielte Aufklärungskampagnen, in deren Fokus vor allem jene Krankheiten und Störungsbilder gerückt werden, die häufig von Vorurteilen und Ausgrenzungen geprägt sind und dadurch die Lebensqualität und medizinische Therapie der Betroffenen erheblich beeinträchtigen. Insbesondere in den Gesundheitsberufen muss die Information über Krankheiten wie HIV stärker als bisher Bestandteil in Aus-, Fort und Weiterbildung sein, um den sicheren und diskriminierungsfreien Umgang mit Erkrankten zu fördern.

### **Welche Maßnahmen sollen ergriffen werden, um allen Patienten den Zugang zu Schwerpunkt- und Fachärzten zu gewährleisten?**

In unserem Wahlprogramm stellen wir fest, dass bestimmte Leistungen, die aus Sicht der Gesundheitsdienstleister einerseits aufwändig und andererseits nicht angemessen honoriert sind, nicht oder nur in geringem Umfang erbracht werden. Neben aufsuchender Behandlung benachteiligt dies vor allem Patienten mit Behinderungen, chronischen Erkrankungen oder eingeschränkter Mobilität. Die PIRATEN werden sich dafür einsetzen, dass insbesondere diese Patienten angemessen auch von Seiten der Krankenversicherungen und Arztpraxen Berücksichtigung finden.

### **Wie wollen sie eine menschenwürdige Existenzsicherung sicherstellen, die sich am realen Bedarf der einzelnen Person orientiert und Ausnahmen berücksichtigt?**

Wir wollen ein Bedingungsloses Grundeinkommen einführen, dessen Höhe ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Sofern aufgrund von Krankheit oder Behinderung zusätzliche Kosten entstehen, sehen wir die entsprechenden Krankenkassen und Sozialleistungsträger in der Pflicht, den Mehrbedarf zu decken.

## **SCHWULE / LGBTI**

*Die Emanzipation von Schwulen und Lesben in den letzten Jahren und Jahrzehnten darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass Menschen, die von der heterosexuellen Norm abweichen, nach wie vor massiv diskriminiert werden. Rechtliche Gleichstellung ist noch immer nicht gegeben, Anfeindungen und Gewalt gehören zum Alltag. Zahlreiche Studien beweisen, dass Diskriminierung die Gesundheit schwuler Männer in vielerlei Hinsicht schädigt, sie kann die Entstehung von Depressionen begünstigen, unkontrollierten Drogenkonsum fördern und zu riskanten Verhaltensweisen beitragen. Trans\*-Menschen werden vom Transsexuellengesetz an der freien Entfaltung ihrer Persönlichkeit gehindert.*

### **Welche Maßnahmen werden Sie gegen die Diskriminierung von sexuellen Minderheiten ergreifen? Planen Sie Verbesserungen bei der Antidiskriminierungsgesetzgebung? Wie könnten schwulen- und lesbenfeindliche Äußerungen in Medien sanktioniert werden?**

Die PIRATEN stehen für eine Politik, die die freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität bzw. Orientierung respektiert und fördert. Fremdbestimmte Zuordnungen zu einem Geschlecht oder zu Geschlechterrollen lehnen wir ab. Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Geschlechterrolle, der sexuellen Identität oder Orientierung ist Unrecht. Gesellschaftsstrukturen, die sich aus Geschlechterrollenbildern ergeben, werden dem Individuum nicht gerecht und müssen überwunden werden.

- Die PIRATEN lehnen die Erfassung des Merkmals "Geschlecht" durch staatliche Behörden ab. Übergangsweise kann die Erfassung seitens des Staates durch eine von den Individuen selbst vorgenommene Einordnung erfolgen.
- Der Zwang zum geschlechtseindeutigen Vornamen ist abzuschaffen.
- Geschlechtszuordnende Operationen bei Kindern sind abzulehnen, wenn deren Selbstbestimmung dadurch eingeschränkt wird.

Gesetzliche Vorgaben müssen sich dieser Haltung öffnen. Das Antidiskriminierungsgesetz gehört dazu. Hinsichtlich schwulen- und lesbenfeindlicher Äußerungen in den Medien gibt es anwendbare Gesetze. Hier müssen die Betroffenen ermutigt werden, entsprechende Anzeigen zu erstatten.

**Sprechen Sie sich für die volle rechtliche Gleichstellung von Homosexuellen aus? Werden Sie die Ehe öffnen? Werden Sie das Adoptionsgesetz weiterentwickeln und Gleichgeschlechtlichen Paaren die Adoption ermöglichen?**

- Die PIRATEN setzen sich ein für die vollständige rechtliche Gleichstellung von Ehe und eingetragener Partnerschaft.
- Die eingetragene Partnerschaft ist für alle Formen der Partnerschaft zu öffnen; Konzepte der Erweiterung der eingetragenen Lebenspartnerschaft zu einer eingetragenen Lebensgemeinschaft auch von mehr als zwei Personen müssen erarbeitet und verwirklicht werden.
- Die eingetragene Lebenspartnerschaft ist – angelehnt an das französische PACS-Modell – als ziviler Solidarpakt zu gestalten. Dieser zivile Pakt soll eine flexiblere Übertragung von Rechten ermöglichen und vereinfachte und kostengünstigere Auflösungsverfahren sowie die Verlagerung des Vertragsschlusses von der staatlichen auf eine notarielle Ebene erlauben.
- Gleichberechtigte Möglichkeit der Kinderversorgung: Kinder zu haben, darf nicht zu Diskriminierung oder Benachteiligung führen. Aus der geschlechtlichen oder sexuellen Identität bzw. Orientierung darf sich weder ein Vorrecht noch eine Verpflichtung zu einer höheren oder geringeren Einbindung in die Kinderversorgung ergeben. Wir PIRATEN setzen uns ein für den Abbau noch bestehender gesellschaftlicher Erwartungshaltungen, die eine tatsächlich freie, individuelle Entscheidung verhindern oder erschweren.
- Das Ehegattensplitting ist abzuschaffen. Steuerliche Vergünstigungen für Einzelpersonen oder Lebensgemeinschaften sind an die Versorgung von Kindern und schwachen Menschen zu binden.
- Um die freie Selbstbestimmung eines Lebensentwurfes zu ermöglichen, sind ausreichende Betreuungsangebote für Kinder zu schaffen. Auf die prinzipielle Verfügbarkeit solcher Betreuungsangebote muss es einen Rechtsanspruch von Geburt an geben.
- Kinder haben zu dürfen, muss von geschlechtlicher Identität bzw. Orientierung unabhängig sein. Auch gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften müssen zusammen Kinder bekommen, adoptieren und aufziehen dürfen.

**Setzt Ihre Partei sich in den Bundesländern für eine umfassende Behandlung des Themas im Schulunterricht ein, um schwule und lesbische Jugendliche bei ihrer Identitätsfindung zu unterstützen?**

Wir erwarten eine allgemeine Vorbereitung auf das Leben durch Bildung, insofern sehen wir eine Behandlung dieses Themas im Schulunterricht als unerlässlich. Da Bildung in die Zuständigkeit der Bundesländer fällt, sollte diese Thematik in der KMK auf die Tagesordnung kommen.

**Welche Maßnahmen werden Sie für die Prävention und Gesundheitsförderung in der Zielgruppe schwuler und anderer Männer, die Sex mit Männern haben, ergreifen?**

Schulische Prävention setzt an diesem Punkt an. Inwiefern es hier Lücken gibt, ist zu überprüfen. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung führt kontinuierlich Aufklärungsarbeit zu diesem Thema durch, beispielsweise zuletzt in einer Plakatkampagne zum Thema sexuell übertragbarer Infektionen. Die von Ihnen genannte Zielgruppe wird hier ebenfalls adressiert. Über eine Intensivierung von Aufklärungskampagnen sollte nur nach einer wissenschaftlichen Evaluation entschieden werden. Die PIRATEN fordern den Einsatz solch wissenschaftlicher Methoden und eine massive Stärkung der Versorgungsforschung.

**Was werden Sie tun, damit medizinische Dienstleister auf die besonderen Bedürfnisse schwuler Männer eingerichtet sind?**

Es ist Aufgabe der Selbstverwaltung des Gesundheitssystems, die konkrete Versorgungssituation für Patienten auszugestalten. Eine Maßnahme könnte beispielsweise in der Schaffung von Fortbildungsangeboten zu diesem Thema durch die Ärztekammern liegen.

**Werden Sie das Transsexuellengesetz durch gesetzliche Regelungen ersetzen, die den Bedürfnissen von Trans\*-Menschen besser Rechnung trägt?**

Ja, wir wollen die Abfrage des Geschlechts durch staatliche Institutionen beenden: Wir glauben, dass durch den Zwang zum Bekenntnis zu einem Geschlecht nicht nur Rollenbilder zementiert, sondern auch Inter- und Transsexuelle diskriminiert werden.

*Inhaftierte dürfen laut Gesetz keine schlechtere Gesundheitsversorgung erhalten als Menschen außerhalb des Gefängnisses (Äquivalenzprinzip). Trotzdem sind die Gesundheitsversorgung in Haft und die Möglichkeiten, sich im Gefängnis zum Beispiel vor Infektionen wie HIV und Hepatitis C zu schützen, unzureichend bis katastrophal. Die Behandlung von HIV-Patienten ist oft nicht fachgerecht, da die Anstaltsärzte keine HIV-Spezialisten sind; dies kann der Gesundheit der Patienten erheblichen Schaden zufügen. Information und Aufklärung sind in Gefängnissen Mangelware, Kondome schwer zu bekommen. Von nachweislich wirksamen Präventionsmaßnahmen sind Häftlinge häufig ausgeschlossen: von der Substitutionsbehandlung die meisten, von der Vergabe steriler Spritzen fast alle. Dies obwohl Modellversuche gezeigt haben, dass Spritzenvergabe in Haft die Sicherheit in den Anstalten nicht gefährdet. Infolgedessen infizieren sich viele Menschen mit HIV oder Hepatitis, obwohl dies vermeidbar wäre. Unterm Strich ist die Situation in deutschen Gefängnissen ein Skandal. Die entscheidenden Gesetze sind dabei zwar überwiegend Ländersache, der Bund kann aber Einfluss auf die Länder nehmen.*

**Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um eine angemessene Gesundheitsversorgung von Menschen in Haft zu realisieren?**

Auch Menschen in Haft haben Anspruch auf eine angemessene Gesundheitsversorgung. Dies beinhaltet in der Regel auch die Möglichkeit, sich von verfügbaren Ärzten ihrer Wahl behandeln zu lassen, die nicht Angestellte oder Beamte der Haftanstalt sind.

**Werden Sie sich dafür einsetzen, Häftlingen saubere Spritzen und Injektionszubehör zugänglich zu machen?**

Ja, dies ist nicht nur die kostengünstigste Gesundheitsvorsorge, es ist auch die menschlichste.

**Welche Maßnahmen hat Ihre Partei in den Bundesländern bereits ergriffen, um die gesundheitliche und präventive Versorgung von Häftlingen zu verbessern?**

Bisher sind wir leider erst in vier Landesparlamenten vertreten. Dort konnten wir bislang noch keine entsprechenden Initiativen starten.

**Die Empfehlungen des EU-Ministerrats hinsichtlich der Gesundheitsversorgung in Haftanstalten und die internationalen Empfehlungen der WHO zum Gesundheitsschutz in Haft sind von Deutschland bisher nicht umgesetzt worden. Werden Sie sich dafür einsetzen, das zu ändern?**

Ja, derartige Empfehlungen sind nicht nur für das Papier erstellt worden. Es ist uns unverständlich, warum dies noch nicht umgesetzt wurde.

## **SEXARBEIT**

*Aufgrund des liberalen Prostitutionsgesetzes (ProstG) von 2001 ist Prostitution in Deutschland inzwischen nicht mehr sittenwidrig und als Beruf anerkannt. Statt dieses sinnvolle Gesetz weiter zu verbessern, werden seit geraumer Zeit Forderungen laut, die Prostitution stärker zu reglementieren. Repression hat wieder zugenommen. So wurde*

*zum Beispiel in Dortmund ein innerstädtischer Straßenstrich verboten, der den dort arbeitenden Frauen hervorragende Sicherheitsbedingungen und HIV-Präventionsmaßnahmen bot. Es gilt zu berücksichtigen: Aufklärung über HIV und andere sexuell übertragbare Infektionen hängt unmittelbar ab von den Arbeitsbedingungen der Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter.*

**Werden Sie sich für eine Fortsetzung des Kurses der Liberalisierung in der Sexarbeit einsetzen?**

**Wie wollen Sie das Prostitutionsgesetz weiterentwickeln?**

**Durch welche praktischen Maßnahmen werden Sie die Arbeitsbedingungen für Sexarbeiterinnen verbessern?**

Dieser Fragenkomplex lässt sich zusammenfassend wie folgt beantworten:

Die Entscheidung zur Ausübung der Prostitution fällt

- unter das Recht auf freie Berufswahl sowie
- unter das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung.

Die Entscheidung zur Ausübung der Prostitution ist daher von Staat und Gesellschaft zu akzeptieren. Eine Diskriminierung und Kriminalisierung von Sexarbeitern und ihren Kunden lehnen die PIRATEN ab.

Selbstbestimmt tätige Sexarbeiter sind keine Opfer. Vielmehr üben sie ihren Beruf eigenverantwortlich auf der Grundlage einer freien Entscheidung aus. Ihre Tätigkeit bedarf besonderer Fähigkeiten und Kenntnisse und verdient gesellschaftliche Anerkennung. Deshalb werden wir alle Sonderregelungen zur Reglementierung von Prostitution dahingehend prüfen, ob sie geeignet, erforderlich und angemessen sind, die Anerkennung und die Rechte von Sexarbeitern sicherzustellen.

Die Stärkung der Rechte selbstbestimmt tätiger Sexarbeiter ist das beste Mittel gegen jedwede Fremdbestimmung. Sie dient der rechtlichen Gleichbehandlung sowie der freien und ungehinderten Berufsausübung.

## **INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**

*Weltweit waren Ende 2011 laut UNAIDS rund 34 Millionen Menschen HIV-infiziert. Die Erfolge der internationalen Präventions- und Behandlungsprogramme sind enorm: Neuinfektionen und Todesfälle sind in vielen Ländern stark zurückgegangen. Es stehen also wirksame Maßnahmen zur Verfügung – doch noch immer wird sieben Millionen Menschen weltweit die dringend notwendige HIV-Therapie vorenthalten. Und noch immer scheitert Prävention an der (oft auch staatlichen) Diskriminierung von Homosexuellen, Drogenkonsumenten sowie Sexarbeiterinnen und Sexarbeitern. Die Vereinten Nationen und der Globale Fonds zur Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria rufen daher dazu auf, das internationale Engagement zu intensivieren. Auf europäischer Ebene ist zurzeit teilweise ein Trend zu einer konservativen und repressiven Haltung gegenüber den am stärksten von HIV betroffenen Gruppen zu verzeichnen. Prävention für Männer, die Sex mit Männern haben, sowie Drogenkonsumenten ist in manchen Ländern gefährdet (sofern überhaupt vorhanden). In Osteuropa, vor allem in Russland, verhindern schwulen- und lesbenfeindliche Gesetze auch HIV-Prävention. Strafverfolgung und Repression gegenüber Drogenkonsumenten und Sexarbeiterinnen (zum Beispiel in Griechenland) verschlimmern deren Situation und torpedieren die Prävention von HIV und anderen Gesundheitsrisiken.*

## Globaler Fond

*Deutschland zahlt zurzeit 200 Millionen Euro pro Jahr in den Globalen Fonds ein. Dieser Beitrag ist gemessen an der Wirtschaftskraft gering. In der internationalen Fachwelt wird Deutschland dafür zu Recht kritisiert.*

### **Wie würde Ihre Partei den deutschen Beitrag und die Zusammenarbeit mit dem Globalen Fonds gestalten?**

Dieser Beitrag muss erhöht werden, damit Forschung an HIV weiterhin möglich bleibt. Finanzielle Förderung darf sich unserer Meinung nach jedoch nicht nur auf ein Programm beschränken, sondern muss auf möglichst breiter Basis ausgebaut werden. Nur durch eine verbesserte Forschung können wir gegen das Virus aktiv kämpfen.

## Menschenrechte in Osteuropa

*Seit einigen Jahren erlebt Osteuropa teils dramatische Rückschritte bezüglich der Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Trans\*-Menschen. Beispiele hierfür sind Gesetze und Gesetzesvorhaben in Russland und der Ukraine, die angemessene Aufklärung über Homosexualität sowie zielgruppenspezifische HIV-Prävention unmöglich machen und verhindern, dass Menschen selbstbewusst homosexuell leben können. Auch das Demonstrationsrecht wird hier außer Kraft gesetzt.*

### **Wie würden Sie als Teil einer deutschen Regierung diesen Entwicklungen entgegentreten?**

Wir beobachten die Entwicklung in den genannten Ländern ebenfalls mit großer Sorg. Wir hoffen einerseits auf die Vorort-Aktivitäten unserer dortigen PIRATEN und möchten uns andererseits im Bundestag dafür verwenden, dass in bilateralen Gesprächen auf Verbesserungen gedrängt wird. Die Lage ist in dieser Hinsicht vor allem in Russland sehr schwierig, da sich das dortige Parlament fast völlig einig zu sein scheint und Präsident Putin kaum Rat von außen annehmen wird.

## Deutsch-Ukrainische Zusammenarbeit

*Bis 2011 gab es eine enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Ukraine, um der dort stark wachsenden HIV-Epidemie wirkungsvoll entgegenzutreten. Unter Federführung des deutschen Bundesministeriums für Gesundheit arbeiteten staatliche und nicht-staatliche Organisationen beider Länder eng zusammen. Dann beendete die schwarz-gelbe Bundesregierung das Engagement. Die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) führt seither in einer Kooperation mit der Deutschen AIDS-Hilfe einige der bis 2011 erfolgreich auf den Weg gebrachten Initiativen fort.*

### **Wie wird Ihre Partei die Nachhaltigkeit des deutschen Engagements und der deutsch-ukrainischen Zusammenarbeit in Zukunft gewährleisten?**

Wir werden wie in allen anderen Projekten auch eine Evaluation dieser Zusammenarbeit fordern und uns dafür einsetzen, dass erfolgreiche Kooperationen weiter oder wieder geführt werden.

## Gesundheitspolitik in der Europäischen Union

*Bei der Generaldirektion Gesundheit der EU wurde die Verantwortlichkeit für den Arbeitsbereich „HIV/ Aids“ von der „Abteilung für gesundheitliche Grundlagen“ zur „Abteilung für gesundheitliche Bedrohungen“ verschoben. Damit einher geht eine Verschiebung der europäischen HIV-Politik hin zu konservativeren und bekanntermaßen weniger erfolgreichen Strategien. Zugleich sind im Zuge der Finanzkrise in vielen europäischen Ländern die HIV-Präventionsetats drastisch gekürzt worden; manche Nicht-Regierungsorganisationen stehen vor dem Aus.*



**Wie beurteilen Sie diese Veränderung? Werden Sie gegen diesen Richtungswechsel angehe und Prävention fördern, die Zielgruppen wie schwulen Männern und Drogenkonsumenten gerecht wird?**

Unser gesundheitspolitisches Leitbild ist die Prävention, die gar nicht erst Situationen aufkommen lässt, in denen ein medizinischer Einsatz von Nöten ist. Natürlich ist Prävention in den Bereichen Homosexualität und Drogen unverändert wichtig. Es gibt keinen Grund, HIV als Bedrohung einzuschätzen.

**Wie werden Sie die Unterfinanzierung der zivilgesellschaftlichen Partner im HIV-Bereich in Europa in Zukunft thematisieren. Sehen Sie Einflussmöglichkeiten?**

Einerseits können wir versuchen, über den Bundestag darauf Einfluss zu nehmen, andererseits erhoffen wir uns durch die Europawahl 2014 mehr Abgeordnete im Europaparlament (bisher 2) und damit auch dort vergrößerte Einflussmöglichkeiten.

### **EU-Indien-Handelsabkommen**

*Bis zu 90 Prozent der HIV-Medikamente, die 2008 von internationalen Geldgebern gekauft wurden, kamen aus Generika-Produktionen in Indien. Die Europäische Kommission greift aktuell in Verhandlungen zu einem EU-Indien-Freihandelsabkommen in die Produktion, die Zulassung, den Transport und den Export dieser lebensrettenden indischen Generika ein. Mit dem Ziel „Investitionsschutz“ werden Regelungen angestrebt, die die Versorgung von Menschen mit HIV mit Medikamenten gefährden können.*

**Wie beurteilt ihre Partei diesen Prozess und wie wird sie die Verhandlungen dahingehend beeinflussen, dass der internationalen HIV-Hilfsgemeinschaft weiterhin Generika für die frühzeitige Behandlung zur Verfügung stehen werden?**

Wir halten diesen Prozess für außerordentlich gefährlich und werden alles in unserer Macht stehende tun, damit es nicht so weit kommt, dass HIV-Infizierte irgendeinen Nachteil aufgrund finanzieller Interessen haben.

### **DROGEN**

*Die deutschen Präventionserfolge zeigen: Wer Drogenkonsumenten ermöglicht, Risiken zu reduzieren, hat damit Erfolg. Die Zahl der HIV- und Hepatitis-Infektionen geht ebenso zurück wie die der Todesfälle. Wichtige Maßnahmen sind vor allem der Zugang zu sterilen Spritzen und Zubehör, Informationen über „Safer Use“, Drogenkonsumräume und die Möglichkeit von Substitutionstherapien. Oft verhindern aber ideologische Barrieren wirksame Maßnahmen der Risikominimierung.*

**Für welche Drogenpolitik steht Ihre Partei und welche Maßnahmen planen Sie?**

Die PIRATEN streben die Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Gruppen an, die sich vorurteilsfrei mit dem Konsum von psychotropen Substanzen und dessen Folgen auseinandersetzen. Gemeinsam werden wir eine Politik betreiben, die riskantem Drogengebrauch durch Prävention entgegenwirkt, sowie Risiko-Konsumenten und Schwerstabhängigen durch Therapieangebote hilft. Der Gesetzgeber darf nur dort eingreifen, wo die Schutzrechte anderer berührt sind. Er soll einen effizienten Jugend- und Verbraucherschutz sicherstellen und das organisierte Verbrechen eindämmen.

Um Wirkungen und mögliche Gefahren besser einschätzen zu können, bedarf es einer kompetenten Aufklärung, die so früh wie möglich beginnen soll. Sie muss auch die Fähigkeit vermitteln, mit den unterschiedlichen, gebräuchlichen Drogen umzugehen. Wir glauben, dass die Stärkung von sozialer Kompetenz und Selbstbewusstsein eine wichtige Grundlage für wirksame Prävention ist.

Pilotprojekte haben gezeigt, wie nachhaltig eine gute Prävention bereits ab dem Grundschulalter wirkt. Auf der Basis der dort gesammelten Erfahrungen ist ein bundesweites Aufklärungskonzept und sachgerechtes, undogmatisches Lehrmaterial für einen fundierten Unterricht zu entwickeln. Externe Fachreferenten sollen besonders in der Sekundarstufe das Wissen bei Lehrern und Schülern vertiefen. Vorurteile werden so durch Wissen überwunden. Die gewonnenen Erkenntnisse tragen die Schüler wie selbstverständlich in ihr soziales Umfeld.

Die umfassende Aufklärung über Drogen, ihren Gebrauch und mögliche Folgen darf sich nicht auf die Schule beschränken, sondern muss sich an die ganze Gesellschaft richten. Ärzte, Krankenhäuser, Bürgerämter, Sozialdienststellen, Jugendzentren und ähnliche Einrichtungen sollen geeignete Informationsmaterialien bereithalten und Ansprechmöglichkeiten bieten. Präventionsprogramme sind zielgruppengerecht zu gestalten. Der Einsatz von Streetworkern und Sozialarbeitern ist auszubauen, vor allem in bisher unterversorgten Kleinstädten und ländlichen Gebieten.

Konsumbegleitende Programme und Hilfsangebote bei problematischem Konsum müssen ausgeweitet werden. Therapiemöglichkeiten sind so früh wie möglich anzubieten, nicht erst bei bestehender Abhängigkeit oder bei bereits eingetretenen Folgeerkrankungen. Sie dürfen nicht ausschließlich auf Abstinenz ausgerichtet sein.

Wir fordern ein bundesweites Angebot von Drogenkonsumräumen als weiteres wichtiges Element der Schadensverhütung und -minderung.

### **Drug-Checking**

*Drogennot- und todesfälle sind oft auf Beimischungen beziehungsweise einen wechselnden Reinheitsgrad von heute illegalen Substanzen zurückzuführen. Unsere südlichen Nachbarländer (Österreich, Schweiz und Italien) haben daher Drugchecking-Angebote eingeführt, bei denen Konsumenten ihre Substanzen auf Inhaltsstoffe und Reinheit untersuchen lassen können.*

### **Wie steht Ihre Partei zu Drugchecking-Projekten als Angebot der Schadensminderung und Gesundheitsvorsorge?**

Das Wissen um Wirkstoff, Wirkstoffgehalt und Beimengungen ist eine Voraussetzung risikoarmen Drogengebrauchs. Umfassende, bedarfsgerechte Möglichkeiten zum anonymen Drugchecking sollen dort vor Ort ermöglicht werden, wo sie von Konsumenten benötigt werden.

Die PIRATEN fordern darüber hinaus die Einrichtung einer bundesweiten Online-Meldestelle für problematische Substanzen zur Risiko- und Schadensminimierung für Drogenkonsumenten. Diese Meldestelle erfasst schädliche Streckmittel, ungewöhnlich hohe Dosierungen oder Reinheitsgrade sowie den Verkauf von Substanzen unter falschem Namen.

### **Substitution**

*Substitution ist heute die Standardtherapie bei Opiatabhängigkeit. Dabei regelt die Betäubungsmittel-Verschreibungsverordnung (BTMVV) den Umgang mit den entsprechenden Medikamenten (von Methadon bis zu pharmazeutisch erzeugtem Heroin, dem Diamorphin). Die darin enthaltenen Regelungen stellen für substituierende Mediziner hohe Hürden auf und greifen unnötig tief in die Therapiefreiheit des Arztes ein.*

### **Wird sich Ihre Partei für eine Novellierung der BTMVV einsetzen und eine Rückführung auf den eigentlichen Zweck unterstützen?**

Der private Umgang mit psychotropen Substanzen muss komplett entkriminalisiert werden. Anbau und Herstellung für den Eigenbedarf dürfen nicht bestraft werden.

Wir fordern eine Neufassung des Betäubungsmittelgesetzes, in der die erfassten, psychotropen Substanzen neu bewertet werden: Nur wenn eine Fremdgefährdung realistisch nicht ausgeschlossen werden kann, dürfen die Freiheitsrechte des Einzelnen eingeschränkt werden.

Für Diamorphinbehandlungen werden dringend mehr Vergabestellen benötigt. Die Umsetzung von Diamorphin-Programmen muss erleichtert werden, damit mehr Betroffene Zugang erhalten,

auch solche mit weniger schädlichen Konsummustern. Bei der Durchführung gilt es, neben Injektion auch Inhalation und orale Einnahme zuzulassen und eine intensive psychosoziale Betreuung für die Teilnehmer bereitzustellen. Gegebenenfalls ist in weitergehende Therapieangebote überzuleiten. Neben den Ärzten sind auch medizinisches Personal, Therapeuten und Mitarbeiter der sozialen Dienste zur fachbezogenen Weiterbildung zu verpflichten.

### **Reintegration von Substituierten und Ex-Konsumenten**

*Aktuell werden in Deutschland etwa 75.000 Opiatkonsumenten substituiert. Die Therapie ermöglicht vielen, wieder einer Beschäftigung nachzugehen, wobei die Fähigkeit dazu sehr unterschiedlich sein kann. Neben der medikamentösen Behandlung kommt der Reintegration in die Arbeitswelt eine große Bedeutung zu.*

### **Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um Menschen mit Suchterkrankungen Teilhabe an Arbeit und Beschäftigung zu ermöglichen?**

Insgesamt sehen wir eine Notwendigkeit, aktuell bestehende Unterstützungsmöglichkeiten für Substituierte oder Suchtmittelabhängige in Beruf und Schule zu verbessern und auszubauen. Es bedarf deutlich mehr Hilfe bei der Wiedereingliederung und neuer Modelle der Berufstätigkeiten für Menschen, die viele Jahre nicht integriert waren.

Wir möchten auch solchen Klienten Möglichkeiten eröffnen, die kein Abstinenzziel verfolgen und sehen allein schon durch die Vergabe von Echtstoffen eine Verbesserung der gesundheitlichen und sozialen Stellung vieler Abhängiger, die in einer vorhergehenden Substitutionstherapie zusätzlich Beikonsum hatten. Die Ergebnisse der Diamorphinprogramme sind ermutigend, aber Verfügbarkeit und Abgabemodalitäten müssen verbessert und vereinfacht werden.

### **Legalisierung von Drogenbesitz**

*Die massenhafte Inhaftierung von Drogenkonsumenten aufgrund von Drogenbesitz oder Beschaffungskriminalität verschärft Gesundheitsrisiken und führt durch die schlechte Gesundheitsversorgung in Haft zu HIV- und Hepatitisinfektionen. Der Druck der Strafverfolgung selbst führt dazu, dass Konsumenten sich verstecken und für Prävention schlechter erreichbar sind. In einigen europäischen Ländern sowie in Mittel und Südamerika gibt es daher politische Bestrebungen, den Erwerb und Besitz von Drogen zu entkriminalisieren. Portugal ist diesen Schritt bereits vor mehr als zehn Jahren gegangen und hat überwiegend positive Erfahrungen gemacht (drastischer Rückgang von inhaftierten Drogenkonsumenten, Rückgang des Drogenkonsums, Rückgang der HIV-Infektionen).*

### **Wie stehen Sie zum Modell der Entkriminalisierung?**

Die PIRATEN fordern eine komplette Entkriminalisierung des privaten Umgangs mit psychotropen Substanzen. Die positiven Veränderungen aufgrund der vorbildlichen Politik Portugals seit 2001 bestätigen uns: Dort zeigt sich seit Jahren u.a. ein drastischer und anhaltender Rückgang der Anzahl der HIV-Diagnosen unter injizierenden Drogenkonsumenten.

### **MIGRATION**

*Die Politik berücksichtigt Aspekte der Prävention und Gesundheitsfürsorge für Migrantinnen und Migranten, insbesondere Flüchtlinge, völlig unzureichend. Diese Menschen leiden überdurchschnittlich häufig unter den Folgen von HIV und anderen Krankheiten. Es gibt immer noch kein Bleiberecht für Migranten und Flüchtlinge, die an HIV und anderen chronischen Erkrankungen leiden. HIV/Aids-Prävention ist Menschenrechtsarbeit. Dennoch ist HIV/Aids kein Thema in der deutschen Integrationspolitik. Die massiven Einschränkungen durch das Asylbewerberleistungsgesetz sind gesundheitsschädlich, so ist zum Beispiel vor Ort oft kein HIV-Spezialist verfügbar. Zwar weisen erste Lockerungen der Residenzpflicht einen positiven Weg. Die*

*Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils zu den Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes ist aber noch unzureichend.*

*Die Versorgung von Menschen ohne Aufenthaltsstatus beziehungsweise ohne Krankenversicherung ist katastrophal. Tragfähige Konzepte für eine kontinuierliche und dauerhafte Versorgung werden nicht umgesetzt.*

**Wie wollen Sie die gesundheitliche Versorgung von Migrantinnen und Migranten ohne ausreichenden Versicherungsschutz (z.B. Menschen ohne Aufenthaltsstatus) sicherstellen? Werden Sie einen anonymen Krankenschein einführen?**

Grundsätzlich haben alle Menschen ohne so genannten "legalen Aufenthaltsstatus" das Recht, sich die Kosten einer Behandlung durch die Sozialämter erstatten zu lassen. Dies ist aber dann problematisch, wenn bei Betroffenen die Angst besteht, dass ihr "illegaler Status" entdeckt werden könnte. Insofern können wir uns der Forderung nach einem anonymen Krankenschein anschließen, bis dieser durch ein liberales Asylrecht überflüssig gemacht wird.

Wir fordern, auch die medizinische Versorgung von Menschen ohne Aufenthaltsstatus sicherzustellen. Bremen hat hierbei bereits Vorbildprojekte auf den Weg gebracht.

**Werden Sie das Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen oder zumindest modifizieren (z.B. bezüglich der Residenzpflicht oder des Arbeitsrechtes)?**

Wir fordern die Abschaffung der Residenzpflicht. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum „Asylbewerberleistungsgesetz“ ist eindeutig und zeigt, dass es verfassungswidrig ist, Asylsuchende unter dem „Existenzminimum“ zu halten. Dies zeigt, wie stark Asylsuchende bereits durch die Gesetzgebung in ihrem Alltag diskriminiert und eines selbstbestimmten Lebens beraubt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass Asylsuchende Anspruch auf Sozialleistungen haben ohne diskriminierende Sondergesetzgebung. Das Recht auf sichere Existenz und Teilhabe muss für alle Menschen gelten – auch und besonders für Schutzsuchende.

**Welche Rolle spielt die Gesundheitsförderung von Menschen mit HIV oder anderen chronischen Erkrankungen in Ihrer Integrationspolitik?**

Wir setzen uns für ein menschenwürdiges Leben aller ein. Insbesondere soll der Zugang zu medizinischer Versorgung für alle Menschen sichergestellt werden - unabhängig von Aufenthaltsstatus oder Herkunft.

**Setzen Sie sich konkret für ein Bleiberecht Migranten und Flüchtlinge mit HIV ein?**

Ja, natürlich! Wir setzen uns dafür ein, dass die Asylgründe deutlich erweitert werden und auch Existenzbedrohung durch Armut ein solcher ist. Da eine unzureichende medizinische Versorgung für Menschen mit HIV existenzbedrohend ist, würden wir uns dementsprechend auch hier für ein Bleiberecht einsetzen.

## **DATENSCHUTZ / GESUNDHEITSKARTE**

Zwar ist die Einführung der Gesundheitskarte mit Speicherung der Krankenakte aus technischen Gründen vorerst gescheitert. Die gesetzlichen Grundlagen dafür bestehen aber fort, die Umsetzung ist nicht ausgeschlossen. Damit drohen weiter unkalkulierbare Risiken für Patientinnen und Patienten, denn der Datenschutz kann bei der Gesundheitskarte nicht gewährleistet werden. Selbst eine kurzfristige Sicherheitslücke im System könnte dramatische Folgen haben.

**Werden Sie die Planungen und die Gesetzgebung zur Gesundheitskarte rückgängig machen? Wie sehen Ihre Pläne zu diesem Thema aus?**

Wir erkennen den Vorteil an, den eine rasche Zugriffsmöglichkeit von Ärzten auf diagnose- und behandlungsrelevante Patientendaten hat. Elektronische Kommunikation im Gesundheitswesen ist der Schlüssel zum Abbau der Versorgungsgrenzen und der kontinuierlichen Versorgung chronisch erkrankter Patientinnen und Patienten. In der derzeit geplant Form lehnen die PIRATEN die elektronische Gesundheitskarte jedoch ab. Wir fordern ergänzend die verbindliche Einführung

dezentraler Speichermöglichkeiten direkt auf der Chipkarte. Durch diesen Speicher können, ergänzt durch die Möglichkeit rechtssicherer elektronischer Unterschriften, alle Anforderungen an eine moderne IT-Infrastruktur bei gleichzeitiger Wahrung des Datenschutzes erfüllt werden. So erhalten Patientinnen und Patienten die volle Entscheidungshoheit über ihre Daten und können die Vorteile dieser Technologie nutzen.

## **PRÄVENTION**

*Noch immer gibt es in Deutschland kein Präventionsgesetz. Wirksame Strategien zur Verbesserung der Prävention hat die schwarz-gelbe Bundesregierung nicht vorgelegt, es blieb bei Stückwerk (Erhöhung der Aufwendungen der Krankenkassen für Prävention, Schaffung einer Präventionskonferenz u.a.). Das ist – gemessen an den Möglichkeiten und Notwendigkeiten – nicht genug. Wie auch der Paritätische Gesamtverband fordert die Deutsche AIDS-Hilfe ein Präventionsgesetz, das die gesundheitliche Chancengleichheit in Deutschland verbessert und die Gesundheit von Menschen in schwierigen sozialen Lebenslagen stärkt.*

### **Werden Sie ein solches Präventionsgesetz einführen?**

Ja, denn Prävention zur Vermeidung von Erkrankungen ist für die PIRATEN eine zentrale Aufgabe des Gesundheitswesens. Dabei umfasst Prävention neben der Früherkennung von Krankheiten auch die Analyse und Veränderung von krankheitsfördernden Bedingungen in Umwelt, Gesellschaft und Beruf.

### **Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um nicht-medizinische Primärprävention und Gesundheitsförderung zu stärken?**

Die PIRATEN fordern beispielsweise ein Fach "Gesundheitslehre" an Schulen, das das Basiswissen über die Entstehung von Gesundheit, häuslicher Gesundheitsversorgung, Erster Hilfe, die Möglichkeiten eines eigenverantwortlichen, gesundheitsfördernden Verhaltens und die Grundzüge des Gesundheitssystems vermittelt. Darüber hinaus fordern die PIRATEN eine massive Stärkung der Versorgungsforschung, denn Präventionsmaßnahmen müssen auf ihre Wirksamkeit geprüft werden, damit sie möglichst effektiv und zielgerichtet eingesetzt werden können. Darüber hinaus verstehen wir gesundheitliche Prävention als ressortübergreifendes Vorhaben, da das Thema nahezu alle Lebensbereiche umfasst.